Rede des Ersten Stadtrates Peter Ziebarth

Einbringung des Haushaltsplanes 2015

am 16. Oktober 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

gemäß § 97 der Hessischen Gemeindeordnung lege ich Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplanes 2015 einschließlich Haushaltssicherungs-konzept vor.

Wie in jedem Jahr habe ich die Ämter aufgefordert, erneut bei den Mittelanmeldungen mit Augenmaß und Disziplin vorzugehen.

In der Amtsleitersitzung vom 26. Juni 2014 haben Bürgermeister Keller und ich folgende Vorgehensweise bei den Mittelanmeldungen für das Haushaltsjahr 2015 vorgegeben:

Finanzhaushalt:

Die für das Haushaltsjahr 2014 erstmals neu angemeldeten Maßnahmen dürfen im Jahr 2014 aufgrund der langen und immer noch anhaltenden Periode der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 99 HGO nicht begonnen werden.

Diese Maßnahmen sind von den Fachämtern auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und für das Haushaltsjahr 2015 neu anzumelden.

Ergebnishaushalt:

Für Aufwendungen des Ergebnishaushalts, soweit sie nicht das laufende Geschäft (Gas, Wasser, Strom, Telefon etc.) betreffen und keine gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung besteht, gilt die Regelung analog der des Finanzhaushalts.

Nachdem sämtliche Mittelanmeldungen erfasst und zu einem ersten Verwaltungsentwurf zusammengestellt waren, habe ich mit allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern Gespräche geführt, um weitere Verbesserungen sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt zu realisieren. Angesichts der bereits erzielten Einsparmaßnahmen der Vorjahre wies der Ergebnishaushalt nach den Gesprächen noch einen Fehlbetrag von

6.273.311,00 €

aus.

Dies ist gegenüber dem ursprünglichen Fehlbetrag von

6.559.293,00 €

eine Verbesserung von 285.982,00 €.

In der Magistratssitzung am 15. September 2014 habe ich in meinen Vorbemerkungen darauf hingewiesen, dass wir im Ergebnishaushalt in den vergangenen Haushaltsjahren eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt haben, die auf der einen Seite die Erträge gesteigert und auf der anderen Seite zu einer Reduzierung der Aufwendungen geführt haben.

Trotzdem konnte seit Einführung der Doppik bislang kein ausgeglichener Ergebnishaushalt im Magistrat vorgelegt werden.

Weitere Einsparungen bei den Aufwendungen, die zur Reduzierung des Fehlbetrages führen würden, sind kaum noch möglich, wenn wir unsere Infrastruktur erhalten wollen.

Wir müssen uns daneben um die Erhöhung unserer Erträge kümmern oder Umschichtungen vornehmen.

Nur so können wir die Finanzierung notwendiger Infrastruktur sicherstellen.

Wir müssen uns die Frage stellen,

woran liegt es, dass wir seit Jahren keine ausgeglichenen Haushalte mehr haben?

Gesetzliche Vorgaben und zusätzliche Aufgaben, die von Bund, Land und Wetteraukreis stets neu erlassen werden, müssen von den Kommunen und damit auch von uns in Friedberg getragen werden, ohne dass für einen ausreichenden Kostenausgleich bzw. finanzielle Unterstützung Sorge getragen wird. (Stichwort: Konnexität)

Hier ist insbesondere der Bereich der Kinderbetreuung zu nennen, die unter anderem zum Neubau von zusätzlichen Kindertagesstätten geführt hat und weiterhin führt.

Alleine für den Bereich der Kinderbetreuung müssen wir im Vergleichszeitraum 2009 und 2015 rund 2.500.000,00 € an Mehraufwendungen verkräften.

Ein weiteres Thema sind die Ausgaben für geeignete Flüchtlingsunterkünfte.

Um eine Verbesserung des Ergebnishaushalts zu erzielen, bleibt uns also nur die Erhöhung der Erträge. Hierauf werde ich später noch näher eingehen.

Wer aber glaubt, nur alleine die Doppik mit all ihren Begleiterscheinungen, wie namentlich den Abschreibungen und Rückstellungen, sei schuld für defizitäre Haushalte, der möge sich bitte auch an die Haushaltsjahre

2002 (-1.410.000,00 € Defizit)

2003 (- 274.877,62 € Defizit)

2006 (- 230.479,35 € Defizit)

2008 (-4.800.000,00 € Defizit)

erinnern, in denen wir noch die Kameralistik hatten und ebenfalls die Haushalte nicht ausgleichen konnten.

Ich komme zum Thema Kassenkredite, § 105 HGO.

Im Haushaltsjahr 2015 werden wir den Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, nochmals zurückfahren, nämlich um 2.000.000,00 € auf 13.000.000,00 € senken.

Anmerkung: im HH 2012 lag der Höchstbetrag noch bei 20 Mio.

Durch diese Senkung wird zum einen ein Rückgang des Bedarfs deutlich zum anderen ist es auch Ausweis einer soliden Liquiditätsplanung.

Wir sollten auch in Zukunft unser Augenmerk weiter auf die Höhe des Kassenkreditrahmens richten.

Dadurch dokumentieren wir hiermit auch unser Konsolidierungsbestreben und leisten einen Beitrag zur Senkung des Zinsaufwands.

Schließlich habe ich im Magistrat auf den Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport hingewiesen, wonach unter anderem Voraussetzung für die Genehmigung des Haushaltsplanes 2015 die Aufstellung der Jahresabschlüsse bis einschließlich 2012 ist.

An dieser Vorgabe arbeitet man bereits intensiv in der Verwaltung, um diese Vorgabe zu erfüllen.

Bei der Beratung des Magistrats zum Ergebnishaushalt kam es in den Teilhaushalten zu keinen weiteren Veränderungen.

Da der Ergebnishaushalt gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO nicht ausgeglichen werden konnte, war erneut gemäß § 24 Abs. 4 GemHVO ein Haushaltssicherungskonzept von der Verwaltung zu erstellen, im Magistrat zu beraten und zu beschließen.

Hierzu wurden seitens der Verwaltung folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Gewinnabführung Stadtwerke = 500.000,00 €
2. Grundsteuer B: Erhöhung um 150 Punkte von derzeit 350 v.H. auf 500 v.H.
(Mehrertrag = 1.500.000,00 €)

(Liste vom Bund der Steuerzahler vom September 2014)

3. Gewerbesteuer: Erhöhung um 30 Punkte von derzeit 370 v.H. auf 400 v.H.
(Mehrertrag = 500.000,00 €)

Der Magistrat konnte sich einvernehmlich darauf verständigen, ihnen die Gewinnabführung der Stadtwerke und die Erhöhung der Gewerbesteuer um 30 Punkte vorzuschlagen.

Beide Maßnahmen tragen zu einer Verbesserung des Ergebnishaushalts um 1.380.000,00 € bei.

Die vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B wurde nach intensiver Beratung im Magistrat zunächst auf die Sitzung des Magistrats am 13. Oktober 2014 zurückgestellt.

In der Sitzung vom 13. Oktober 2014 ist der Magistrat dem Verwaltungsvorschlag, den Hebesatz für die Grundsteuer B von bisher 350 v. H. auf 500 v. H. zu erhöhen, nicht gefolgt. .

Damit schließt der Ergebnishaushalt im Ergebnis mit einem Defizit von 4.893.311,00 € ab, was Sie auch der beigefügten 1. Veränderungsliste entnehmen können.

Dieses Ergebnis weicht von der Zielvorgabe des Kämmerers, das Ergebnis auf 3, besser kleiner 3 Mio zu positionieren, erheblich ab.

Was sind die Konsequenzen, die sich heraus ergeben:

I.

Als Kämmerer verweise ich auf meine Etatrede vom vergangenen Jahr, in der ich über die permanenten Defizite der Jahre 2009 bis 2014 berichtet habe und dem damit gleichzeitig einhergehenden Abschmelzen des Eigenkapitals.

Ich appelliere daher dringend, in den bevorstehenden Beratungen weitere Mittel und Wege zu suchen, um das aufgezeigte Defizit des Ergebnishaushalts weiter zu verringern.

II.

Ein solch hohes Defizit im Ergebnishaushalt würde eine Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2015 kritisch erscheinen lassen.

III.

Mit den jetzt vom Magistrat beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen könnte sich nach der mittelfristigen Ergebnisplanung frühestens im Haushaltsjahr 2019 eine schwarze Null realisieren lassen.

Bei den Beratungen des Investitionsprogrammes, das sich, wie eingangs geschildert, im Wesentlichen auf verschobene Maßnahmen des Haushaltsjahres 2014 stützt, wurden Kürzungen bzw. Verschiebungen vorgenommen.

Ich verweise im Einzelnen auf die im Investitionsprogramm geplanten Einzelmaßnahmen, für deren Durchführung Kredite in Höhe von 4.923.086,00 € erforderlich sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne die bereits erwähnten Steuererhöhungen unter Beachtung der Prioritätenreihenfolge des § 93 II HGO sehe ich im Haushalt keinen Spielraum, Wünsche zu erfüllen. Diese wären nur – wenn überhaupt - durch Umschichtungen möglich.

Über die Steuererhöhungen selbst werden Sie natürlich alle nicht begeistert sein. Ich glaube, es gibt nur eine Art von Steuern, die allen gefallen würden. Eine Steuer, die ausschließlich die anderen bezahlen müssen.

Voltaire hat einmal gesagt:

„Wir sind verantwortlich für das, was wir tun, aber auch für das was wir nicht tun.“

Daher darf ich Sie bitten, hier aktiv zu werden, nicht wegzuschauen, sondern gemeinsam die Weichen für die Zukunft für unsere Stadt zu stellen.

Ich möchte mich insbesondere bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei-Finanzabteilung bedanken, die die Hauptarbeit in diesem Bereich geleistet haben und auch für das Verständnis aller Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, die mit etlichen Streichungen leben mussten.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam einen Haushalt beraten, den wir trotz einiger unpopulärer Vorschläge hoffentlich mit breiter Mehrheit beschließen können.

Ich bitte um Zustimmung des vorgelegten Haushaltsentwurfes, einschließlich beigefügter Veränderungsliste.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.